

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 32 (1952-1953)  
**Heft:** 3  
  
**Rubrik:** Stimmen der Welpresse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## STIMMEN DER WELTPRESSE

*Joseph Rovin* belächelt in Nummer 104 der Wochenzeitung «*L'Observateur*» die Besorgnisse Bonns hinsichtlich freier Wahlen. Seiner Ansicht nach handelt es sich darum, die Wahlen zu verzögern und so die Dauer der gegenwärtigen Regierung in Bonn zu verlängern. Falls Wahlen stattfinden würden, müßten C.D.U. und Sozialdemokraten eine Regierungskoalition bilden, die ein Ende der Herrschaft Adenauers zur Folge hätte. Der «*Observateur*» bemerkt, Adenauer werde früher oder später die Frage der Wiedervereinigung der beiden Deutschland-Hälften stellen müssen, d. h. der Revision der Grenzziehung und speziell der Oder-Neiße-Linie. Dies würde den amerikanischen Interessen entsprechen. Der «*Observateur*» fügt bei, gewissen Kreisen Bonns scheine eine ganz andere Politik vorzuschweben. Könnte nicht Rußland ein wiederaufgerichtetes, einheitliches Deutschland zu seinen Gunsten und gegen den atlantischen Block ausnützen wollen? Und könnte es nicht im Interesse Deutschlands liegen, einer solchen Lösung zuzustimmen?

«*Not und Schwäche der Intelligenz in der Sowjetzone*» ist eine Untersuchung von Dr. *Hans Köhler* im *PZ-Archiv* Nr. 22 betitelt, die sich mit den Versuchungen und dem seelischen Druck befaßt, denen die ostdeutschen Intellektuellen ausgeliefert sind<sup>1)</sup>. Die ostzonalen Machthaber, die ursprünglich der alten Intelligenz mißtrauten und eine proletarische «Intelligenzwelle» inszenierten, deren Ergebnis die Volksrichter und Neulehrer der Jahre 1945 und 1946 waren, welche zu einem offensichtlichen Mißerfolg führten, mußten auf die Reste der alten Intelligenz zurückgreifen und deren Abwanderung in den Westen eindämmen. Ulbricht forderte dazu auf, das «reiche Wissen» dieser Intelligenz auszunützen, bis eine «eigene Intelligenz herangezuchtet sei». Dies führte zu einer auffallenden Bevorzugung der technischen Intelligenz, die man zur Erfüllung des Fünfjahrs-Planes braucht. Diese «rehabilitierten» Intellektuellen haben jedoch die Zeit bitterer Not nicht vergessen: Sie stehen dem System innerlich feindlich gegenüber, wenn sie auch gezwungen sind, zu lavigieren und Konzessionen zu machen. Die Gefahr, dabei gegen Gewissen und Einsicht zu handeln, ist allerdings groß. — Daneben gibt es jene heuchlerischen Intellektuellen, die alles unternehmen, um in Amt und Würden zu bleiben, während sie sich bereits im Westen nach einem Ausweichposten erkundigen. Diese Intelligenz, «die weitaus weniger Charakter zeigt, als die meisten Arbeiter», machen die kommunistische Verachtung der Intelligenz, welche käuflich sei, verständlich. — Unsere uneingeschränkte Hochachtung verdienen schließlich jene wenigen Lehrer, Pfarrer, Ärzte und Richter, die dem System mannhaften Widerstand entgegenstellen, unter ständiger Gefahr der Liquidierung. Der Aufsatz schließt: «Die seelische Not der ganzen Sowjetzone ist grauenvoll: aber man sollte nicht nur auf die schauen, die wir bedauern müssen, sondern auch auf jene, denen unsere Bewunderung gelten soll.»

Den Werdegang des jetzt 60jährigen *Boleslaw Bierut*, des «Warschauer Stalin», den Aufstieg des ehemaligen Angestellten einer Lubliner Buchhandlung zum Beherrscher eines Fünfundzwanzigmillionen-Volks, schildert ein Aufsatz von *Cyrille Mévius*, den die Meraner Wochenzeitung «*Der Standpunkt*» am 25. April 1952 publizierte. Die ersten Stationen des polnischen Diktators bis zur «abgeschlossenen Halbbildung»: Maurer, Zeitungsaussträger, Herausgeber einer antiklerikalen Zeitung, schließlich Parteiagitator. Um sich in dieser letzteren Eigenschaft besser

---

<sup>1)</sup> Redaktion und Verlag, Hansaring 43, Köln.

entfalten zu können, wird er Geometer. In München und Wien holt er sich den marxistisch-leninistischen Schliff und ist dann in den Jahren 1932 und 1933 Herz und Seele des polnischen Kommunismus. Eine siebenjährige Kerkerhaft beendet er 1938 durch die Flucht. Die ersten Kriegsjahre verbringt er zurückgezogen, um 1943 illegal nach Warschau zurückzukehren. In den dortigen linksradikalen Widerstandsorganisationen hat er bald neben Gomulka, seinem Gefährten, aber auch Feind, das erste Wort. Unter Moskaus Deckung wird Bierut Vorsitzender des Nationalen Landesrats (KRN). Nachdem die Sowjetarmeen in Polen einmarschieren sind, wird in Chelm ein Nationalausschuß (PKWN) gebildet, der als vorläufige Regierung amtiert. Während der ersten Nachkriegsjahre sucht Bierut den überparteilichen Schein zu wahren. Im Dezember 1947 übernimmt der im Februar 1947 zum Staatspräsidenten Gewählte den Vorsitz der aus Kommunisten und Sozialisten fusionierten Arbeiterpartei. Jetzt wird Bierut der «Motor der Sowjetisierung Polens». Nach seinem Sieg über Gomulka, dem Vertreter einer Einheitsfront aller demokratischen Parteien, treibt Bierut die Gleichschaltung Polens nach sowjetischem Vorbild unaufhaltsam weiter. Der Sohn einer kleinbäuerlichen Familie ist zum unbeschränkten Alleinherrscher Polens geworden.

Die öffentliche Meinung Italiens verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der militärischen und politischen Fragen in Deutschland und im Bereiche des Mittelmeers. Unter den vielen Presseäußerungen ist ein besonders interessanter Leitartikel von *Gabriele Boglione* hervorzuheben: «*Militärische Probleme des Mittelmeeres*» in «*Il Tempo*» vom 6. Mai.

Der Autor schreibt, von den beiden Grundproblemen, die Eisenhower bei seiner Abreise auf dem Weg zu einer Lösung zurückgelassen habe, sehe das eine, nämlich die Teilnahme Deutschlands an der Verteidigungsgemeinschaft des Kontinentes, seiner Verwirklichung entgegen, während das andere: die Organisation der Verteidigungskräfte im Mittelmeer, noch nicht so weit gediehen sei. Die Lösung scheint durch die englisch-amerikanische Meinungsverschiedenheit über die Frage des Oberbefehls, den englisch-ägyptischen Zwiespalt und die politische Position Spaniens schwieriger geworden zu sein. Der Verfasser glaubt, man könne der englischen These, das Mittelmeer nur als West-Ost-Durchgangsstraße zu betrachten, mit Recht die amerikanische Auffassung entgegenhalten. Diese sehe Nordafrika als Lebensmittel- und Brennstoffbasis Europas an (daher der Bau zahlreicher Flug- und Marinestützpunkte an der afrikanischen Mittelmeerküste), und das Mittelmeer, mit seiner Ost- und Westpforte, als ein einziges System, das man nicht der Kontrolle durch das kontinentale Verteidigungskommando entziehen könne.

Die unzertrennbaren Teile dieses Systems sind: 1. die Türkei und Griechenland, welche dem Atlantikpakt schon beigetreten sind; 2. Spanien und Jugoslawien, denen man wirtschaftlich und militärisch indirekt zu Hilfe kommt; 3. der Mittlere Osten, dessen Verteidigung sich, der bekannten Petrollager wegen, auf den Persischen Golf beschränken kann, wobei die Türkei und Iran als Schutzmauern angesehen werden dürfen. Was die Türkei betrifft, wäre es unangebracht, ihre zwei äußersten, westlichen und östlichen Sektoren in zwei Verteidigungssysteme zu trennen, und zwar wegen der geographischen, ethnischen und konstitutionellen Momente, die diesem Staate eigen sind. Der Autor sagt hierauf wörtlich, «daß man das Mittelmeer-Mittlerer Osten-System, wobei das erstere vom zweiten abhängig und das Ganze außereuropäisch ist, durch ein Europa-Nordafrika-System ersetzen sollte, dessen Aktionsradius über die ganze Türkei reichen würde und daher dem Schutze des Mittleren Ostens dienen könnte, soweit dies im Kompetenzbereich des Atlantikpaktes liege». Der Befehlshaber im Mittelmeer ist, über die provisorische Frage der Nationalität hinaus, mit demjenigen des südeuropäischen Schachbrettes, das direkt vom atlantischen Befehlshaber Europas abhängt, identisch.

Nachdem die Zeitung «*Le Monde*» den vielbesprochenen sogenannten Geheimbericht Fechtelers publiziert hatte, über den sich nach Ansicht des Blattes «*L'Aurore*» (12. Mai) nur die Kommunisten freuen konnten, veröffentlichte sie, um sich auch nach der anderen Seite zu decken, in ihrer Nummer vom 8. Mai, auf Grund des Berichtes des ägyptischen Generalprokurators, eine detaillierte Schilderung der blutigen Unruhen in Kairo. Es ergibt sich, daß nur dank der Verhängung des Kriegsrechtes und der Absetzung von Nahas Pascha das Massaker einer großen Zahl von Europäern verhindert worden ist. Der zügellose Ehrgeiz der Nationalisten steht im Widerspruch zu ihrer völligen Gleichgültigkeit gegenüber dem Staatswohl und der bedenklichen Notlage der großen Masse des Volkes. Man darf daher unter keinen Umständen die nationalistischen Kreise Ägyptens den Parteien gleichstellen, die in Europa auf gesetzlichem Wege soziale Fortschritte anstreben. Die innerpolitischen Kämpfe sollen der Rivalität von Großgrundbesitzern entspringen, welche die ungebildeten Volksmassen beherrschen. Das ägyptische Beispiel soll für die arabischen Länder typisch sein, die seit 1945 nicht weniger als 57 politische Morde aufweisen.

*Einseitig, fanatisch und unverträglich sind nur Diejenigen aller Parteien, die, im eigenen Herzen und Gewissen zweifelnd, für den Bestand ihrer Sache zittern und sich dessen mit Schrecken wohlbewußt sind, daß nur Wahrheit sicher und ewig ist.*

*Carl Hilty*